



# HESSISCHER LANDTAG

16. 06. 2009

Zur Behandlung im Plenum  
vorgesehen

## **Antrag**

**der Abg. Faeser, Habermann, Merz, Roth, Siebel,  
Dr. Spies (SPD) und Fraktion**

**betreffend Erarbeitung und modellhafte Erprobung eines Konzepts  
"Bildungslotsen"**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden ein Konzept zur Einsetzung von Zuwanderinnen und Zuwanderern bzw. von Menschen mit Migrationshintergrund als "Bildungslotsen" zu erarbeiten und in Modellversuchen auf kommunaler Ebene zu erproben.

Die "Bildungslotsen" sollen:

- Zuwanderinnen und Zuwanderer bei der Wahrnehmung von schulischen, vorschulischen und außerschulischen Erziehungs- und Bildungsangeboten des Bundes, der Länder und der Kommunen (z.B. durch Information über entsprechende Angebote) unterstützen und zu den Angeboten hinführen;
- Eltern beim Zugang zu und der Wahl von Einrichtungen zur Betreuung und Förderung von Kindern unterstützen;
- Zuwanderinnen und Zuwanderer im Verlauf des Bildungsprozesses begleiten und Hilfestellung bei der Weiterführung leisten;
- den jeweiligen Einrichtungen Hinweise zur inhaltlichen Verbesserung, Ergänzung und stärkeren Vernetzung der Bildungsangebote geben;
- eng mit den kommunalen Integrationsbeauftragten, den Ausländerbeiräten, den kommunalen und staatlichen Bildungsbehörden und den Erziehungs- und Bildungseinrichtungen zusammen arbeiten.

Das Land und die Kommunen sollen:

- die Gewinnung und Qualifizierung der "Bildungslotsen" sicherstellen;
- die "Bildungslotsen" bei ihrer laufenden Arbeit unterstützen und eine angemessene Entschädigung gewähren;
- den regelmäßigen Austausch der "Bildungslotsen" untereinander und mit den zuständigen Behörden und Einrichtungen garantieren.

## **Begründung:**

Im vergangenen Jahr wurde der Nationale Integrationsplan in einem ersten Fortschrittsbericht fortgeschrieben. Politik, Institutionen und Nichtregierungsorganisationen verständigten sich in Fortführung des Nationalen Integrationsplanes aus dem Jahr 2007 darauf, weiterhin das Politikfeld der Migration und Integration abzustimmen und gemeinsam zu verantworten.

Die Beteiligten hatten sich im Nationalen Integrationsplan dazu verpflichtet, eigene Beiträge in ihren Zuständigkeitsbereichen zu leisten. Auch die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände hat hierbei Selbstverpflichtungen formuliert. Unter anderem hieß es hierzu:

"Die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände empfiehlt ihrem Mitgliedsbereich/ihren Mitgliedsverbänden, (...) als Lotsen Zuwanderer bei der Wahrnehmung von Bildungsangeboten des Bundes und der Länder (z.B.

durch Information über entsprechende Angebote) zu unterstützen und zu den Angeboten hinzuführen, durch kommunale Maßnahmen das Bildungsangebot zu ergänzen und diese Angebote mit denen des Bundes und der Länder zu vernetzen (...)" (S. 31 bis 33 des Nationalen Integrationsplans).

Dieses konkretisiert die weiterhin bestehenden Ziele der Entwicklung von Integrationsstrategien und der Unterstützung lokaler Netzwerke sowie der Unterstützung des Handlungsfeldes Sprache und Bildung (S. 201 des ersten Fortschrittsberichts).

Das Land soll die Kommunen bei der Erfüllung dieses Auftrags durch Zusammenarbeit bei der Erarbeitung und modellhaften Erprobung des Konzepts unterstützen. Auf die Erfahrungen bei der Erarbeitung und Erprobung des Projekts "Gesundheitslotsen" kann dabei zurückgegriffen werden.

Wiesbaden, 10. Juni 2009

Der Fraktionsvorsitzende:  
**Schäfer-Gümbel**

**Faeser**  
**Habermann**  
**Merz**  
**Roth**  
**Siebel**  
**Dr. Spies**